

Der Gesellschafter

Wirts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Wichtiges Besondere für die einjährige Zeile aus gewöhnlicher Schrift über deren Raum im einmahligen Einrückung 80 Pfg. bei mehrmaliger Rubrik nach Tarif. Bei gerichtl. Verurteilung u. Konkursen ist der Rabatt herabzuz.

Bestellungs-Zettel im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind vorher von jedem Seite.

Nr. 297 Dienstag den 20. Dezember 1921 95. Jahrgang

Wie Württemberg Industriestaat wurde.

(Schluß)
Nur dieser besondern Eignung des Schwaben zum Präzisionsarbeiter begünstigten auch noch andere Umstände die fern- und heimische Entwicklung des Landes. Zu denken ist hier einmal an die starke städtische Zusammenfassung der Arbeiterkraft, die sich heute noch vielfach auf dem Land wohnt und dort, oft wenigstens, ein Stückchen Boden ihr eigen nennt. Dies ermöglicht eine bessere Verpflegung, überhaupt eine billigere Lebenshaltung, und solche Vorteile, die den Zusammenhang mit der Natur noch nicht verloren haben, sind auch immer lebenswichtig, was man erstensherwelle heute auch bei Bewirtlichung neuzeitlicher Produktionsstätten wieder mehr berücksichtigt. In noch manchem anderem ist der württembergische Industriearbeiter besser daran als viele Arbeiter in anderen Industriebezirken. Es gibt selbst in der Großstadt Stuttgart keine teuren kostlosen Arbeiterquartiere, die vielen großen deutschen und erst recht ausländischen Industriestädten nicht zur Freude und Ehre gereichen. Unsere städtischen Arbeiter haben nicht alle zusammengepackt in erblos getönten Straßensystemen, der Sonntag gibt ihnen noch etwas Sonne und Belohnung. Wir haben — das liegt an dem Qualitätscharakter unserer Industrie, wie an dem Grundbesitz der Volk- und Berufsrichtung — keine so starke Massenschichtung wie anderwärts üblich, keine Klassenkluft, die sich gegenseitig abgrenzt. In solcher Luft konnte sehr wohl eine für hochwertige Arbeit geeignete Arbeiterkraft heranwachsen.

Dann aber ist der Auffassung der württembergischen Industrie auch stark gefördert worden durch die seit der Einigung der deutschen Zollzone im Jahre 1871 einsetzende Billigkeit der deutschen Volkswirtschaft und der dadurch geschaffenen Einbürgerung in die Weltwirtschaft. Nun fiel es den württembergischen Qualitätszeugen leichter, sich auf dem Weltmarkt Stellung zu verschaffen, so wenig auch mancher zur schwedische Panikularität mit der politischen Entwicklung einverstanden gewesen war.

Die bisher geschilderten Erzeugungsbedingungen der württembergischen Industrie im ganzen lassen sich noch besonders auf die Metallindustrie zu. Doch diese in Württemberg überhaupt Fuß fassen konnte, lag zunächst an dem Bestehen der erdennenden württembergischen Industrie vor allem bezüglich der Kraft- und Arbeitsmaschinen vom Ausland unabhängig zu machen. Schon im 17. und 18. Jahrhundert haben in Württemberg trotz der harten natürlichen Hemmnisse Maschinenfabriken, die bald, um wettbewerbsfähig zu bleiben, auf den Spezialmaschinenbau übertrugen.

Man kann den Entwicklungsprozess der württembergischen Industrie nicht schreiben, ohne ausdrücklich auch des Wertes der Persönlichkeit Erwähnung zu tun, für den der Württemberg der württembergischen Industrie besonders bewerkstelligte Beispiele liefert. Während die wirtschaftliche Entwicklung manch anderer Gegenden des deutschen Vaterlandes hauptsächlich durch die geographisch vorteilhafte Lage oder durch vorfindende Bodenschätze begünstigt wurde, mußte sich der industrielle Aufstieg Württembergs bei den wenig günstigen natürlichen Erzeugungsbedingungen vor allem auf die persönlichen Eigenschaften zahlreicher, weitläufiger Männer stützen. Bei den heute bedeutendsten unserer heimischen Industriezweige war, anfangs nicht viel mehr da als der tüchtige Kopf; man braucht z. B. nur Namen wie Daimler, Siegel, Schlegelmayer, Diesel, Bosch zu nennen. Aber auch noch bei vielen anderen heute großen, weltbekanntesten Firmen Württembergs kann man, wenn man nachspürt, wo die treibende Kraft gelegen hat, nur feststellen: im Einfindungs- und Unermüdungsgeist berühmter Köpfe. Wir sollten das in unserer heutigen Zeit, wo der Begriff Demokratie auch im Wirtschaftsleben oft falsch aufgelegt wird, nicht vergessen.

So sehen wir heute Württembergs Industrie auf einer Höhe, wo sie hinsichtlich Güte und Wert der Erzeugnisse jeden Vergleich mit anderen Industriegebieten ausschließt. Wohl hatte ihre Entwicklung später als im Reich eingeleitet, sie erreichte auch den Reichsbuchschluß nie ganz, d. h. Württemberg steht im Verhältnis immer noch mehr landwirtschaftliche Bevölkerung, als dem Reichsbuchschluß entspricht. Aber berücksichtigt man bei einem Vergleich nur die bearbeitenden oder gar nur die Feinindustrien im engeren Sinne des Wortes, so zeigt sich, daß Württemberg hinsichtlich dieser bearbeitenden Industrien industriell entwickelter ist als das Reich. Und deshalb kommt auch unserer württembergischen Feinindustrie heute eine noch größere Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft zu als vor dem Krieg. Wir haben in Deutschland nicht viele Bodenschätze und Bodenerzeugnisse, die wir gegen unsere notwendige Einfuhr austauschen können. Da sind nun die großen Werte, die in der Feinarbeit unserer heimischen Industrie liegen, als ganz besonders brauchbare Austauschmittel in allererster Linie betonen, unserem darunterliegenden Marktes und damit unserer notleidenden Volkswirtschaft wieder aufzuheben.

(Fortsetzung)
Es folgt die 2. Lesung eines Gesetzes über die Neuordnung der Zulagen und der Abschaffung in der Unfallversicherung. Die Abänderungsanträge werden abgelehnt und die Vorlage in der Fassung des Ausschusses auch in 3. Lesung angenommen. Dann folgt die 1. Lesung eines Gesetzes betreffend die öffentliche Bekanntmachung von Urteilen wegen Verleumdung, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels. Der Entwurf wird an den Ausschuss für Volkswirtschaft verwiesen. Es folgt die 2. Lesung des Entwurfs zur Erweiterung des Angebotsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafe. — Der Ausschuss hat die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen. U. a. können danach auch bei Vergehen, wegen deren bis zu 3 Monaten Gefängnis verhängt werden ist, diese Strafen in Geldstrafen umgewandelt werden. — Abg. Herzfeld (Komm.) empfiehlt, die Bestimmungen über den Erfolg der Geldstrafe durch freie Arbeit gesetzlich zu regeln und nicht den Landesbehörden zu überlassen. — Reichsjustizminister Radbruch: Die Tendenz des Entwurfs geht dahin, Freiheitsstrafen unter 3 Monaten überhaupt zu beseitigen. Der Richter muß aber von Fall zu Fall frei entscheiden. Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen, ebenso in 3. Lesung. Der Entwurf über das Verbot der Verlobung in Verlobungsstücken zur weiteren Regelung der Ansprüche von früheren Kriegsteilnehmern findet Annahme. Desgleichen wird der Entwurf eines Gesetzes über das Rechtsverhältnis und die Befreiungsform der ehe- und familienrechtlichen Angelegenheiten in 2. und 3. Lesung genehmigt. Es folgt die 2. Lesung des von den Abg. Marx (Z) und Gumbeliger (U. V. P.) und Gumbeliger (U. V. P.) eingebrachten Entwurfs über die Änderung der Einkommensteuer. — Abg. Schlein (Komm.) beantragt eine andere Steuerklassifizierung. Die Bilanzierung des Staats, die der Reichsanwalt als so richtig bezeichnet, solle sich aber nicht auf dem Wege erreichen, daß man alle Lasten auf die Schultern der breiten Masse abwälze. Dagegen werde die deutsche Arbeiterschaft noch Mühe und Wege finden.

Ohne weitere Debatte wird Johann die Steuererhöhung mit der Maßgabe angenommen, daß für die ersten 500 bis 1000 M 10% Steuer erhoben werden, für die nächsten 10000 M 15%, für die weiteren 20000 M 20%, für die weiteren 20000 M 25%, für die weiteren 100000 M 30%, für die weiteren 200000 M 40%, für die nächsten 500000 M 45% und für weitere 500000 M 50%. Die Einkommensteuer ermäßigt sich um je 240 M für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, um 300 M für jeden Kind. Von dem 10%igen Lohnabzug sind außerdem abzugelassen 45 M für jeden Monat. Es folgt die Beratung des 3. Nachtrags zum Entwurf. Hierzu liegt eine Resolution der Rechten vor, die die Weitertragung der alten Handelsflagge Schwarz-weiß rot zu gestatten. Im Laufe der Debatte erklären der Minister des Innern, Ritter, daß die Reichsregierung sich außerstande sehe, den Anregungen Folge zu leisten. Die als schwarz-weiß-rot mit Schwarz-weiß rot in der linken oberen Ecke eingeführte Flagge bestrebe seit dem 1. Juli. Bedacht auf rechtlichen Gründen ist die Uebergangsfest bis 31. Dez. d. Jt. beschlossen. Ab 1. Jan. 1922 werden alle Kriegs- und Handelsfahrzeuge die neue Flagge zu führen haben. Die Durchführung des Nachtrags würde die Aufhebung eines Teils des Art. 3 der Verfassung bis auf weiteres bedeuten. — Der Gehalt des Reichspräsidenten wird genehmigt. — Die Resolution wegen der Flaggensache wird in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 138 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmen die Rechten, sowie einzelne Mitglieder des Zentrums und der Demokraten und die Bayerische Volkspartei. Das Ergebnis wird mit Beifall aus dem Saal, Zischen und Pfifflern auf der Rechten aufgenommen.

Die weitere Beratung des Nachtrags wird ohne wesentliche Debatte zu Ende geführt und der Entwurf genehmigt. Die Ausschließung des Ausschusses, zur möglichst schnellen Unterfertigung der Reichsminister die Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden zu beschleunigen, wird angenommen. Für die Geldstrafgebühren von 300000 bis 3000000 Mark bewilligt. Es folgt die Beratung des Entwurfs über die Einführung des passiven Wahlrechts an die Frauen bei den Kaufmannswahlen. Die Ausschussfassung wird genehmigt. Abg. Kosenfeld (U. V. P.) beantragt einen Antrag der Linksparteien, der Reichstag möge die bayerische Regierung ersuchen, eine Untersuchung der Niederschönenfelder Straftat zu gestatten. Es folgt eine längere Debatte, in deren Verlauf Minister Radbruch sich bereit erklärt, ein eventuelles Verlangen des Reichstags zur Verhängung von Niederschönenfelder an Bayern weiterzugeben. Die weitere Erörterung führt zu ähnlichen Szenen. Der Abg. Kosenfeld (U. V. P.) wird wegen der Worte „Morgenzentrale“ und „bayerische Schandregierung“ zweimal zur Ordnung gerufen. Der Entwurf über die Einführung der Lizenzregelung für die Reichstagsmitglieder wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Das Haus verlegt sich alsdann auf Morne früh 12 15 Uhr, also auf eine Viertelstunde. Schluß 12 Uhr.

Kleine politische Nachrichten.

Frankreichs übertriebene Flottenforderung.
Washington, 18. Dez. Auf der Washingtoner Konferenz hat gestern in der Sitzung des 15er Ausschusses für die Flottenfrage, der aus je 3 Vertretern Englands, Frankreichs, Japans, Amerikas und Italiens besteht, der französische Admiral Lebon den Vorschlag gemacht, daß Frankreich das Recht eingeräumt werde, während 10 Jahren 60 Kampfschiffe von 35000 Tonnen zu bauen, und zwar während der Jahre 1925 bis 1935. Nach Einstellung dieses Programms würde dann die französische Flotte der japanischen überlegen sein.

Fortsetzung der Verhandlungen von Rathenau und Stinnes?
Berlin, 19. Dez. Die Montagspost meldet, daß die von Hugo Stinnes und Rathenau in London eingeleiteten inoffiziellen Verhandlungen nicht etwa abgebrochen, oder gar abgebrochen seien, vielmehr werde in nächster Zeit Rathenau zu weiteren Besprechungen nach London fahren.

Briland in London eingetroffen.
Paris, 19. Dez. Briland hat gestern mittels Paris verlassen und ist um 7 Uhr in London eingetroffen. Die heute beginnenden Verhandlungen werden als Einleitung für eine Zusammenkunft des Obersten Rates bezeichnet, die wahrscheinlich in den ersten 14 Tagen des neuen Jahres stattfinden wird.

Das Programm der Londoner Konferenz.
Paris, 19. Dez. Nach dem „Temps“-Korrespondenten sehen die Verhandlungen in London folgende Programmpunkte vor: Allgemeine Reparationsfragen, Finanzabkommen vom 13. August, Orientfragen, Vertrag mit Kongo, Flottenpolitik Frankreichs.

Eine Hypothek auf die deutschen Goldreserven.
London, 19. Dez. Evening Standard bespricht die Möglichkeit einer Hypothek auf die deutschen Goldreserven, welche evtl. dazu dienen könnte, eine allseitige Anleihe zu verschaffen, falls Lloyd George und Briland sich dazu entschließen würden.

Belgien gegen die Stundungsforderung.
Brüssel, 19. Dez. Der belgische Außenminister Jaspar erklärt nach seiner Rückkehr aus Paris den Belagungsvertretern, er habe bei Briland darauf gedrungen, daß die Zahlungen Deutschlands im Januar und Februar, die zur Regelung der belgischen Prioritäten dienen sollen, unbedingt erfolgen müssen.

Die Abstimmung in Odenburg.
Budapest, 19. Dez. Das durch die Parlamentarische Kommission festgestellte Ergebnis der Volksabstimmung in Odenburg hat ausgewiesen, daß 15 343 Stimmberechtigter für Ungarn und 8 227 Stimmberechtigter für Oesterreich gestimmt haben. Das Schwergewicht der ungarischen Stimmen liegt in der Stadt Odenburg und ihrer Umgegend.

Aus aller Welt.
Eherechtsform in Dänemark.
+ Der Entwurf zur Reform des dänischen Ehegesetzes wird den Ehebedürftigen die Wahl zwischen kirchlicher und bürgerlicher Eherechtsform zu gestatten. Bisher ist die Eherechtsform nur kirchlich, wenn einer der Partner nicht der dänischen Staatskirche angehört oder die Konfession der Eheleute verschieden ist. Auch soll von beiden Partnern die Vorlegung von ärztlichen Gesundheitszeugnissen gefordert werden. Weiter ist die Verabsicherung des Ehestandes durch den Ehegatten, die Frist, nach der er wieder eine neue Ehe eingegangen werden darf, soll von 3 Jahren auf 18 Monate herabgesetzt werden.

Eine bankrotte Stadtgemeinde.
Berlin, 19. Dez. Die Stadt Rönningberg in der Neumark stellte am 15. Dez. die Zahlungen ein und erklärte, an die Diamant Zahlungen nicht mehr leisten zu können.

Sturmocherzungen in Berlin.
+ Berlin, 19. Dez. Ein ostanatiger Sturm richtete gestern in Berlin und Umgebung schweren Sachschaden an. Auch Personen wurden in vielen Fällen verletzt durch fallende Dachziegel, Mauerstücke und Glascherben, die von den durch die Gewalt des Sturms getriebenen Scherben von Wohnungs- und Schaufenstern herabfielen.

Aus Stadt und Bezirk.
Nagold, 20. Dezember 1921.

*** Stollen-Begräbnis.** Trotz des fast überfallenden Regens versammelte sich vorgestern nach dem Morgenpfeifenklang eine große Menschenmenge auf dem Berg vor dem alten Kirchturn, um die endlich nach langem Warten eingetroffenen Stollen für den Wochenmarkt der Stadt zu empfangen und zu begraben. Während des gemeinsamen Gesangs des Choral „Lobet den Herren“, der von der Stadtkapelle begleitet wurde, sah langsam der mit frischem Tauwasser gesättigte Boden an, der die drei lang Erloschenen enthielt, gefolgt von den Schulkindern. Die Gesänge des Augenblicks fanden ihren Ausdruck in der zu Herzen gehenden Ansprache des Stadtvorstandes:

Deutscher Reichstag.
Berlin, 17. Dez. Die Sitzung beginnt um 12 Uhr. Das Gesetz betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge wird mit einer Änderung, wonach das Stützgeld mindestens 4/5 M

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

...eine)
...Raum- 2206
...Bedingungen
...me.
...terbach
...86,71 Sm. III.
...2,05 Sm. III.
...30. ba. Wts. beim
...nachmittags 4 Uhr
...Anfassung über den
...ff. — bei rechtzeitiger
...Bekanntmachung ein-
...2206
...t: Bernhardt.
...blatt
...Parteil
...in sollen sich
...von denen.
...für stliche
...ngel feldung
...urt 18.12.21
...7,50 Mark.
...Straße 6.
...26. Ziffer, Nagold.



